

grünpol

Nr. 47 | Januar 2014

JA ZU FABI



Die Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur» (FABI) wurde vom Bundesrat als direkter Gegenvorschlag zur öV-Initiative des VCS ausgearbeitet und setzt deren Anliegen konkret und nachhaltig um. Einerseits wird die Finanzierung der Bahninfrastruktur langfristig gesichert, andererseits ein systematischer Ausbau angestrebt. Bei der Finanzierung wird der zeitlich begrenzte FinÖV-Fonds durch einen langfristig wirksamen Bahninfrastrukturfonds abgelöst, der Betrieb und Unterhalt sowie Ausbau des Schienennetzes sicherstellt. Den neuen Fonds spei-

sen neben den bisherigen Geldern aus Anteilen der Schwerverkehrsabgabe, der Mineralölsteuer und der Mehrwertsteuer auch neue Mittel: Bei der Mehrwertsteuer wird ein zusätzliches Promille abgezweigt. Zudem wird der Pendlerabzug in der Steuererklärung künftig begrenzt, das heisst Pendeln – vor allem mit dem Auto – wird damit steuerlich weniger begünstigt. Beim Ausbau setzt FABI auf eine Verbesserung der Bahninfrastruktur, die allen Regionen zu Gute kommt. In einem ersten Ausbauschnitt werden Verbesserungen in der Ost-West-Achse via Bern, unter

anderem in den Bahnknoten Lausanne, Genf, Bern sowie bei den S-Bahnen in den Agglomerationen Bern und Basel sowie St. Galler Rheintal realisiert. Dafür stehen 6.4 Milliarden Franken zur Verfügung. Mit der Annahme von FABI dürfte es gelingen, den öV, der in den letzten Jahren an seine Leistungsgrenze gestossen ist, mit zusätzlichen Kapazitäten wieder attraktiv und leistungsfähig zu machen. Damit kann auch der ökologisch sinnvolle Umstieg von der Strasse auf die Bahn vorangetrieben werden.

Christoph Frommherz, Landrat Münchenstein

Nein zur Initiative

«Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Vor zwölf Jahren führten wir in der Schweiz per Volksentscheid mit 72 Prozent Ja-Stimmen die Fristenregelung ein. Seither ist ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen straf-frei. Schwangerschaftsabbrüche nahmen dadurch keineswegs zu. Damit ein Abbruch nicht zur Frage der finanziellen Ressourcen der Betroffenen wird, ist dieser bis zur fünfzehnten Schwangerschafts-woche durch die Grundversicherung der Krankenkasse gedeckt. Anläss-

lich des Abstimmungskampfes um die Fristenregelung hatten sich fundamentalistische christliche Gruppierungen dagegen gewehrt und melden sich nun mit der Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» zurück. Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche sollen privatisiert werden, was für finanziell benachteiligte Frauen ein Problem darstellt. Niemand soll jedoch in dieser Situation an Kurpfuscher geraten, sondern eine professionelle medizinische Betreuung in

Anspruch nehmen können.

Ein Argument der Initianten für die Privatisierung ist die «Selbstverschuldung» einer Schwangerschaft. Dazu bleibt anzumerken, dass auch die medizinische Versorgung von Rauchern oder Übergewichtigen durch die Grundversicherung gedeckt ist. Und zudem sind immer ein Mann und eine Frau am Zustandekommen einer Schwangerschaft beteiligt. Die Mitglieder beschlossen einstimmig die Nein-Parole.

Marie-Theres Beeler, Landrätin Liestal

Nein zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung»

Die Volksinitiative der SVP «Gegen Masseneinwanderung» verlangt eine Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik. Mit der Rückkehr zum Kontingentsystem solle die Schweiz wieder jährliche Höchstzahlen festlegen,

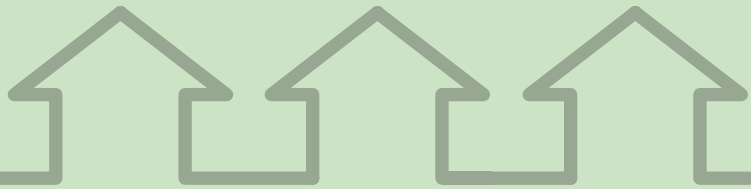
womit sie auch Probleme wie Wohnungsknappheit, Überlastung des öffentlichen Verkehrs, Lohndruck oder Kulturlandverlust lösen könne. Das Kontingentsystem ist mit dem Abkommen zur Personenfreizügig-

keit mit der EU nicht vereinbar. Die Initiative gefährdet somit die bilateralen Abkommen und unser Verhältnis zur EU. Auch sachlich leistet sie keinen Beitrag zur Lösung der von der SVP angeführten Probleme. Die Zuwanderungszahlen waren unter dem alten Kontingentsystem in den 1960er und 1970er Jahren höher als heute. Nicht eine Begrenzung der Zuwanderung, sondern die konsequente Umsetzung des Raumplanungsgesetzes oder die Förderung von günstigem Wohnraum wären Massnahmen, um dem Kulturlandverlust oder der Mietexplosion Einhalt zu bieten. Auch auf dem Arbeitsmarkt müssen griffige Instrumente gegen Lohndumping und Ausbeutung eingesetzt werden. Weil sich die Grünen Baselland konsequent für nachhaltige Lösungen einsetzen, beschlossen sie an ihrer Mitgliederversammlung einstimmig die Nein-Parole.

Simone Peter, Vorstandsmitglied Grüne Baselland



Nein zur Initiative «Förderung des selbst genutzten Wohneigentums»



Was die neueste Initiative «Förderung des selbst genutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus» von Hans-Rudolf Gysin bewirkt will, ist eine massive Erweiterung der Objektfinanzierung beim Wohnungsbau zugunsten von EigenheimbesitzerInnen. Zwei Feigenblätter hängt sich die Initiative schlauerweise um, damit sie auch SP und Grünen gefallen könnte:

- das Feigenblatt der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus;
- das Feigenblatt der Förderung von Umwelt- und Energiesanierungen.

Im Baselbiet stehen 3'500 gemeinnützigen Wohnungen schätzungsweise 56'000 Wohneinheiten von EigentümerInnen gegenüber, die unabhängig vom Einkommen in den Genuss staatlicher Zuschüsse kommen würden. Pro gemeinnützige Wohneinheit kämen also sechzehn EigenheimbesitzerInnen in den Genuss von neuen Zuschüssen.

Zur Unterstützung von Umwelt- und Energiesanierung steht für die nächsten sieben Jahre das Energiepaket bereit. Die Initiative will nun zusätzlich, notabene auf

Verfassungsebene, das Recht auf Sanierungsbeiträge verankern. Der zweckgebundene Fonds für Wohn- und Eigentumsförderung würde diese Ausweitung jedoch nicht verkraften und es müssten zusätzlich Steuermittel in Anspruch genommen werden – für gutsituierte Personen, die sich ein Eigenheim leisten können. Wie in sieben Jahren weiterhin eine Subventionierung von Energiesanierungen möglich sein soll, soll im Rahmen des zur Revision stehenden Energiegesetzes geklärt werden.

Besonders stossend an der Initiative ist jedoch die steuerliche Bevorzugung von EigenheimbesitzerInnen gegenüber MieterInnen: Die Initianten wollen den Grundsatz aus der Verfassung streichen, dass die Höhe des Eigenmietwertes im Vergleich zur Steuerbemessung von MieterInnen angemessen sein soll. Die Mitglieder beschlossen einstimmig die Nein-Parole zu dieser Mogelpackung.

Marie-Theres Beeler, Landrätin Liestal

Landratskommentar



Rahel Bänziger, Landrätin Binningen

Das Schwarzarbeitsgesetz

Gerade in letzter Zeit wurde deutlich, dass im Bereich Schwarzarbeitsbekämpfung grosser Nachbesserungsbedarf besteht. Verfehlungen gegen das Gesetz müssen konsequenter verfolgt und Verdachtsfällen muss gezielter nachgegangen werden. Dies sowohl im Interesse der betroffenen Arbeitenden, die oft unter miserablen Bedingungen arbeiten müssen, als auch der lokalen Wirtschaft, die auf gleiche Wettbewerbsbedingungen wie ihre Konkurrenz angewiesen ist. In Baselbiet wurde nun ein Gesetz geschaffen, das auch für andere Kantone Modellcharakter haben kann im Kampf gegen die Schwarzarbeit. Es wurde auf der Grundlage einer parlamentarischen Initiative erarbeitet. Diese wurde von der Volkswirtschaft- und Gesundheitskommission initiiert und im Juni einstimmig und dringlich vom Landrat überwiesen. Eine parlamentarische Initiative ermöglicht es, dass das Parlament eigeninitiativ und «ohne Regierungsrat» eine Gesetzesänderung durchführen oder ein neues Gesetz erarbeiten kann.

Schon im Dezember, sechs Monate nach Einreichung der parlamentarischen Initiative, wurde das neue Gesetz im Landrat angenommen. Dies ist ein Paradebeispiel dafür, wie bei einer guten Kooperation über Parteigrenzen hinweg ein wichtiges politisches Anliegen schnell umgesetzt werden kann.

Lieber Björn



Als Stellvertreter unserer damaligen Geschäftsführerin Sandra Wolf hat deine Ära bei den Grünen Baselland vor über zehn Jahren begonnen. Deine Arbeit hat uns schon damals so überzeugt, dass wir dich kurz darauf als Geschäftsführer angestellt haben und gleichzeitig hast du als persönlicher Mitarbeiter von Maya angefangen. Wir durften mit dir unzählige Erfolge feiern, das erste Mal im 2003, im 2007 und schliesslich im Wahljahr 2011 mit dem Einzug von Isaac in die Baselbieter Regierung – du bist mit den Grünen Baselland regelrecht mitgewachsen und hast als Wahlkampfleiter viel zu unseren Erfolgen beigetragen. Ebenso hast du als wichtige Schnittstelle zwischen den Grünen Baselland und dem Nationalratsmandat von Maya gewirkt. Du kennst dich mit schweizerischer grüner Politik und vielen politischen Dossiers auf nationaler Ebene genauso aus wie mit regionalen und kantonalen Anliegen. Dein Interesse gilt auch einer professionellen Medienarbeit, die du bei den Grünen Baselland aufgebaut hast. In der Zwischenzeit unterrichtest du sogar angehende Journalistinnen und Journalisten. Du hast oft als stiller Schaffer im Hintergrund gewirkt, hast alles seriös und zuverlässig organisiert und bis ins Detail durchgedacht. Dich aus der Ruhe zu bringen, ist wahrscheinlich niemandem von uns gelungen. Deine grosse Stärke war es, die Koordination an der Schnittstelle der unterschiedlichen Gremien von Geschäftsleitung, Vorstand, Fraktion, Ortssektionen und den Grünen Schweiz zuverlässig und kontinuierlich vorzunehmen. Du hast die Grünen Baselland positiv und erfolgreich geprägt. Das Schöne ist, dass uns deine wertvolle Arbeit erhalten bleibt. Wir wünschen dir auf deinem weiteren beruflichen sowie privaten Weg alles Gute und einen erfolgreichen Stellenantritt bei Pro Natura Schweiz. Von Herzen DANKE für deine geleistete, tolle Arbeit!

Maya Graf, Nationalrätin
Florence Brenzikofer, Parteipräsidentin

Abstimmungsparolen 9. Februar 2014

Kantonale Vorlage

NEIN zur formulierten Verfassungsinitiative «Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus»

Eidgenössische Vorlagen

JA zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr»)

NEIN zur Volksinitiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache - Entlastung der Krankenversicherung durch Streichung der Kosten des Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung»

NEIN zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung»

Agenda

20. - 23. Februar 2014

eco.ch (ehemalig «NATUR»):
Messe, Festival, Kongress und
Gala, Messe Basel
www.eco.ch

25. März 2014

Mitgliederversammlung Grüne BL

29. März 2014

Delegiertenversammlung GPS,
Glarus

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel
Redaktion: info@gruene-bl.ch
Auflage: 1500 Ex.
gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch)
oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer
Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.